

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Noten-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe

Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Publikations-Organ des Deutschen Senefelder-Bundes und der ausserdeutschen Berufs-Vereine.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obler, Leipzig-Sellerhausen, Wurzenstr. 121.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 54.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Sebnitz.
Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreigespaltene Peiltelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung des Abonnementquittung, sowie Vereinsanzügen 15 Pf. Beilagen nach Vereinbarung.

Scharfmacher.

Zurückkommend auf den unter obiger Spitzmarke in voriger Nummer abgedruckten, der deutschen Arbeitgeber-Zeitung entnommenen Artikel »Tarifbewegung der Lithographen und Steindrucker«, bezweifeln wir zunächst, dass dieser Erguss von einem Arbeitgeber unseres Berufs verbrochen wurde.

Etwas mehr Einsicht und Sachkenntnis über unsere beruflichen Arbeitsverhältnisse sind in den Kreisen unserer Arbeitgeber denn doch vorhanden, als dass man ihnen die Verfasserschaft des genannten Artikels zumuten dürfte; denn die ganze Tendenz des Artikels lässt erkennen, dass sein Verfasser den berufsmässigen Scharfmachern zugezählt werden muss. Hätte der Verfasser die zwei letzten Zeilen sinngemäss zur Grundlage desselben verwendet, so hätte er das Streben unseres Vereins wahrheitsgemäss schildern können, aber augenscheinlich will er nicht den Frieden, sondern den Krieg. Gehen wir nun auf den Inhalt des Artikels selbst ein. Er schreibt:

»Die Bestrebungen der Vereinigung der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen machten sich zuerst langsam, dann aber immer stärker bemerkbar, bis endlich sich die Vereinigung so stark fühlte, um zur Ausführung einer Tarifvorlage für Deutschland schreiten zu können. Besonders an Plätzen von 30—50000 Einwohnern war sie bestrebt, die Oberhand über die Prinzipale zu gewinnen.«

Unsere Bestrebungen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder datieren seit Gründung unseres Vereins, ja sie sind schon viel älter als unser Verein; aber dass wir mit der angebotenen Tarifvorlage die Oberhand über die Prinzipale gewinnen wollten, spukt wohl nur als unklarer Begriff im Gehirn des Artiklers. Diese Auffassung zeigt aber auch gleichzeitig, dass der Verfasser es für ganz selbstverständlich hält, wenn die Prinzipale selbstherrlich die Oberhand über die Gehilfen besitzen. Tausende von Tarifen beweisen, dass ein erträgliches gedeihliches Zusammenarbeiten durch Abschlüsse solcher garantiert ist. Dann heisst es:

»Wurde ein organisierter Gehilfe entlassen, so war es fast unmöglich, einen anderen zu erhalten, denn sofort war in der »Graphischen Presse« zu lesen: »Vor Stellungnahme Erkundigungen einziehen«, wenn nicht sogar unter »gesperrt für Lithographen und Steindrucker« die betreffende Firma zu finden war. Wollte man im »Allgemeinen Anzeiger für Druckereien« inserieren und erlaubte sich im Inserat zu schreiben »eine nicht organisierte Kraft«, so erhielt man eine gedruckte Postkarte, welche besagte, dass das Inserat ohne diese Bemerkung aufgenommen und man damit wohl einverstanden sei.«

Wenn ein Gehilfe, weil er für die Interessen der Gesamtheit eingetreten war, gemässregelt wurde, so war es nicht mehr wie recht und billig, dass der Verband sich seiner annahm, aber dass jemals ohne vollwichtige Gründe die Sperre über eine Firma verhängt wurde, ist

eine Unwahrheit. Aus welchem Grunde sucht man denn wohl »eine unorganisierte Kraft«? Weil solche sich ohne Rückhalt jeder selbstherrlichen Oberhand bedingungslos unterwerfen muss! Weiter heisst es:

»Unter zwanzig eingehenden Offerten war wohl zur Hälfte zu lesen: Bedingung: neunstündige Arbeitszeit, 25 Mark Anfangsgehalt, Bezahlung sämtlicher Feiertage und ferner wurde um Diskretion gebeten, weil Bewerber sich noch in ungekündigter Stellung befände. Ein Firmeninhaber annanzierte innerhalb eines Jahres mehrere Male und fand unter den jedesmaligen Bewerbern etwa drei, die sich früher bereits beworben hatten, aber noch immer in der zuerst angegebenen Stellung befanden. Nun ist doch wohl jeder Prinzipal bemüht, Leute für seinen Betrieb einzuarbeiten und im ganzen tüchtige Arbeiter herauszubilden, um dieselben recht lange in seinem Betriebe beschäftigt zu sehen, er muss aber aus diesen Annoncen entnehmen, dass diese Leute sich stets um andere Stellen bemühen, ohne zu kündigen, ohne dem Prinzipal auch nur eine Andeutung zu machen, dass sie mit ihrer Stellung wechseln möchten. Es mag ja allerdings nicht gerade unrecht sein, wenn der Arbeiter danach strebt, sich in mehreren Betrieben umzusehen, um seine Kenntnisse zu bereichern. Jedenfalls aber ist es gewissenlos, sich hinter dem Rücken seines Arbeitgebers nach Engagements umzusehen, um hierdurch auf seinen Prinzipal einen Druck ausüben zu können. Denn geht der Arbeitgeber nicht sofort auf die Wünsche eines solchen Arbeiters ein, so heisst es kurzerhand, er könne sich verbessern, und im Grunde genommen hat er ja auch stets so und so viele Stellen an der Hand.«

Unter den genannten Bedingungen, zu welchen sich Kollegen anboten, hat der Schreiber wohl vergessen, die 8stündige Arbeitszeit für Lithographen noch mit anzuführen. Neben der 9stündigen Arbeitszeit wird aber wohl mancher bezügl. des Anfangsgehalts noch über den genannten Satz von 25 Mk. hinausgegangen sein; es konnte mit Recht bemerkt werden, dass an Stelle dessen 30, 36, ja wohl gar auch 40 Mk. gefordert wurden. Wir halten diese Sätze durchaus nicht für zu hoch, wenn die Qualifikation des stellesuchenden Kollegen dem entsprach.

Wenn ein Firmeninhaber mehreremale innerhalb eines Jahres um Arbeitskräfte annonciieren muss, so scheint er übrigens den Wechsel ebenso zu lieben wie die gescholtenen Arbeiter. Das Angebot von Arbeitskräften ist leider noch immer grösser als die Nachfrage und Arbeitslose demgemäss noch genügend vorhanden; warum stellt denn der bedauernswerte Herr Prinzipal keine Arbeitslosen ein?

Dass nun gar der Arbeiter sich eine besser-bezahlte Stellung sucht, ist doch geradezu eine Unverfrorenheit; er sollte doch hier lieber dem Herrn Prinzipal nacheifern, der alle gutbezahlten Aufträge zurückweist und am liebsten die Aufträge ausführt, bei denen am wenigsten zu verdienen ist. Will er seine Stellung wechseln, so ist es selbstverständlich Pflicht des Arbeiters ehe er eine andere Stelle hat, dies seinem Herrn zu melden, damit man sofort ungehindert rausgeworfen werden kann; freilich man steht ja dabei weiter nichts aus, wenn man so und so

viele Stellen an der Hand hat. Arbeitslose, die wochen-, ja monatelang schon auf Arbeit warten und wenn ihnen Arbeit geboten wird, mit allen zehn Fingern zugreifen; die giebt's ja nicht.

Das Allheilmittel kommt im letzten Absatz: »Nahezu drei Viertel der Gehilfen sind organisiert, das übrig bleibende Viertel ist nicht das schlechteste und unorganisiert. Die Prinzipale sollten die unorganisierten Gehilfen unterstützen, weil es manchmal diesen Leuten geradezu unmöglich gemacht wird, zu arbeiten. Man verfolge nur die »Graph. Presse«. Es wäre an der Zeit, dass die Prinzipale organisierend eingriffen, und vor allen Dingen einen Arbeitsnachweis einrichteten, durch welchen die wirklich arbeitsfreudigen Kräfte den Arbeitgebern zugeführt werden und erhalten bleiben. Mit diesem Institut könnte auch die Regelung einer Reise-resp. Umzugsunterstützung vorgenommen und über sonstige für die Gehilfenschaft zu gewährenden Benefizien beraten werden, denn wohl kein Arbeitgeber wird sich den rechtlichen Wünschen seiner berufsfreudigen Mitarbeiter verschliessen. Auf diese Weise würde dem Arbeitgeber als auch dem Arbeitnehmer gedient werden zur Erreichung eines erspriesslichen Arbeitsverhältnisses. Die jetzt durch die Fachzeitschriften der Agitatoren geschürte Unzufriedenheit und die infolgedessen entstehenden Kämpfe würden ausbleiben und an dessen Stelle ein Einvernehmen zwischen Prinzipal und Gehilfen geschaffen werden, welches die zur Zeit auf der Tagesordnung stehenden ewigen Reibereien und Forderungen unmöglich macht und den Grund legt zu einem erspriesslichen Zusammenwirken.«

So und so viele Stellen hat jeder zur Hand, Arbeitslose sind nicht vorhanden, ein Arbeitsnachweis ist demnach überflüssig und doch wünscht der Verfasser einen Arbeitsnachweis; wozu denn?

Das Viertel der nicht schlechtesten, unorganisierten, wirklich arbeitsfreudigen Kräfte soll gehegt und gepflegt werden.

Ein Verband zur Unterstützung der Arbeitswilligen. Das also ist des Pudels Kern.

Reise-, Umzugsunterstützung und sonstige Benefizien für eventuelle Streikbrecher resp. berufsfreudige Mitarbeiter, denen ihre rechtlichen Wünsche gewährt werden sollen.

Wo die rechtlichen Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden, ist auch die Berufsfreudigkeit vorhanden, da ist ein Einvernehmen zwischen Prinzipal und Gehilfen vorhanden, da giebt es keine ewigen Reibereien und braucht auch nicht erst der Grund zu einem erspriesslichen Zusammenwirken gelegt zu werden; der Grund ist da schon vorhanden trotz aller Scharfmacherei!

Bekanntmachungen.

Zur Tarifbewegung der Lichtdrucker.

Coburg. Nach stattgefundenen Verhandlungen mit dem Kollegen Ries stimmte die Firma »Thüringer Kunstanstalt«, Inhaber Kleebert, dem Tarif mit dem 1. Juli dieses Jahres zu. In Frage kommen hierbei 10 Kollegen.

Die Firma »Dietz'sche Hofkunstanstalt« lehnte den Tarif in schroffster Weise ab, weshalb wir bitten, jeden Zuzug nach dieser Firma

fernzuhalten. Kollegen Ries, welcher zweimal vorstellig wurde, wies diese Firma kurzer Hand ab. Weitere Massnahmen gegenüber dieser Firma folgen. **Der Vorstand.**

Zur Generalversammlung des Vereins.

Durch die Versammlungs-Berichte in der »Graph. Presse« ersehen wir, dass eine Reihe Mitgliedschaften Stellung zur Generalversammlung nahmen und dabei Anregungen und Wünsche zum Ausdruck brachten. Leider lässt sich nicht erkennen, was alles als Anträge für die Generalversammlung aufzufassen ist. Wir verweisen deshalb auf § 36, Abs. 3 des Statuts, wonach alle Anträge dem Vorstand einzureichen sind und von diesem dann in der »Graph. Presse« No. 25 zur Veröffentlichung kommen. Nur solche Anträge, welche bis spätestens den 10. Juni in die Hände des Vorstandes kommen, können mit zur Veröffentlichung als Antrag für die Generalversammlung gelangen.

Der Bezirksvorort Schweidnitz spricht in No. 21 von einer »willkürlichen Wahlkreiseinteilung«, hierzu bemerken wir, dass nicht wir an der grossen Ausdehnung der Wahlkreise Schuld tragen, sondern dies durch die Brancheneinteilung, wie sie unsere letzte Generalversammlung beizubehalten wünschte, geschehen ist. Auf 150 Mitglieder jeder Branche kommt gesondert ein Delegierter und musste deshalb eine Mitgliedschaft in 4—5 ja auch 6 Branchen geteilt und in ebensoviel Wahlkreisen zugeteilt werden. Das man auch hiermit nicht allen Wünschen gerecht werden konnte, ist uns klar, aber eine Willkür unsererseits ist nicht vorhanden. Ueber weiteres wird die Generalversammlung zu sprechen haben.

Der Vorstand.

Die Delegierten zur Dresdener Generalversammlung werden durch Urabstimmung mittelst Stimmzettel gewählt, letztere werden den einzelnen Zahlstellen durch die Wahlkommission des betreffenden Wahlkreises zugestellt.

Streiks:

Breslau (Firma Mamelock & Söhne).

Gesperrt die Firmen:

W. Hoffmann, Lichtdruckanstalt, Dresden.
H. Grobben, Solingen (Lith. u. Steindr.)
van Heese Söhne, Lüdenscheid (Lith. u. Sidr.)
Thüringer Blechballagen Fabrik, Jena.
Oskarshamus Tryckeri aktie bolag in Oskarshamu (Schweden).
J. Eckhardt, Manometerfabrik, Cannstatt (Lith. u. Steindr.)
B. Pokrantz, Hannover (Lithogr. u. Steindr.).

Vor Stellungnahme sind stets Erkundigungen einzuziehen, sonst event. Verlust der Unterstützung; besonders nach:

Aachen, Bielefeld, Breslau (Lith. u. Steindr.),
Cassel, Coburg (Dietz'sche Hofkunstanstalt), Elberfeld (Lith.), Emmerich, Fürth i. B., Hamburg-Altona (Lith., Fa. Ludewig), Herisau (W. Marty & Co.), Koblenz, Köln a. Rh., Leipzig, Lübeck, Lüdenscheid, Magdeburg, Meiningen, Mügeln, München (Lith. u. Sidr.), Münden (Fahnenfabrik), Niedersiedlitz, Nürnberg (Chemigraphen), Offenbach, Offenburg, Saarlouis, Strassburg i. E., Weimar, Wien, Budapest und ganz Ungarn.

Achtung Lichtdrucker!

Vor Stellungnahme nach Isny, Württemberg (Allgäu) ist erst Erkundigung in München einzuziehen.

Achtung Berlin! In Firma **Priester & Eyck** stehen Differenzen in Aussicht.

Die Verwaltung.

Wegen drohender Differenzen in Firma **Rössler & Weissenberger**, Holzgalanteriewarenfabrik in Cannstatt ist Zuzug streng fernzuhalten. Stuttgart, Filiale I.

Achtung Merkantilithographen!

Vor Stellungnahme nach Nürnberg entschienen zuerst Erkundigung bei der Verwaltung einholen.

Altrohiau i. Böhmen. Porzellanfabrik Viktoria. Lithographen. Differenzen ausgebrochen. Man bleibe fern.

In eigener Sache.

In der letzten Nummer des »Lithograph« hat es Kollege Fassold unternommen, mir eine »gründliche Abfuhr« zu bereiten. Zumeist erörtert F. Angelegenheiten, welche Jahre zurückliegen und schon lange eine Richtigstellung erfahren haben, so dass ich es mir erlassen kann darauf einzugehen. Nur bezüglich der stattgefundenen Geschäftsversammlungen, für deren Nichtbesuch ich um Ausreden nicht verlegen sein soll, und den mir hierbei zugeschobenen Motiven, nehme ich Veranlassung zu nachstehender Erklärung: Es ist richtig, dass ich drei Geschäftsversammlungen nicht besucht habe, weitere Versammlungen sind mir nicht bekannt, es sei denn, dass solche während meiner öfteren Abwesenheit von Nürnberg stattgefunden haben. Meine Teilnahme an den drei bewussten Versammlungen konnte nicht erfolgen, weil eine Einladung zur ersten Versammlung erst im Laufe des Montagmorgens erfolgte, zu welcher Zeit ich nicht im Geschäft, da ich als Beisitzer am Gewerbegericht meine Tätigkeit ausüben hatte, und am Abend sollte die Versammlung sein.

Hierauf wurde die Versammlung auf den kommenden Dienstag Abend anberaumt und ich am Vormittag mit dem Bemerkten, dass meine Teilnahme an der Versammlung allgemein gewünscht werde, eingeladen.

Hierauf erklärte ich, dass es mir am Abend unmöglich sei in diese Versammlung zu kommen, da ich bereits für 1/2 8 Uhr eine Berichterstattung anderweit zu geben hatte, betonte aber ausdrücklich, dass ich an einem anderen Abend zu einer Versammlung bereit sein würde. Hierzu wollte man sich nicht entschliessen und es fand nun diese Versammlung ohne mich statt.

Die dritte Versammlung fand im Februar d. J. statt, zu welcher Zeit ich erwerbsunfähig erkrankt war, wodurch wohl selbstverständlich eine Versammlungsteilnahme ausgeschlossen war.

Weiteres noch anzuführen, halte ich für überflüssig und überlasse ich es den Kollegen zu beurteilen, ob meinerseits Gründe gesucht wurden, um mich von Versammlungen zu drücken oder ob es nicht vielmehr der Zweck des Kollegen F. ist, neuen Stoff zu Reibungen zu bieten, durch welche den Kollegen keine Vorteile, wohl aber bedeutende Nachteile erwachsen könnten.

H. Rudolph.

Eine Glanznummer aus dem Lager der »Zielbewussten«.

Wer die Blüten des Sondervändchens, namentlich in letzter Zeit, beobachten konnte, wer ihre Reklametrommel ob ihres »ehrlichen« Bestrebens für Verbesserung der Berufsverhältnisse gehört, wem das Brüllen dieser »modernen Phalanx« mit ihrem demokratischen Prinzip in die Ohren geklungen, welche sich ihr Streikrecht nicht nehmen lassen, Gegner von Tarifverträgen, Gegner von Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter sein wollen; wer das Jonglieren dieser Kaste mit all ihren Phrasen von Freiheit, Brüderlichkeit, Solidarität etc. am Bierische und in der Zeitung beobachtet und eine Parallele mit ihren Thaten zieht, der wird sich unwillkürlich fragen: Ist es denn bei jenen Leuten erbärmliche Heuchelei oder direkte Borniertheit? — Wir erfahren nämlich aus Crimmitschau über ein nettes Denunziantenstückchen, welches von zwei Herren obiger Observanz in der Leitelsheimer Kunstanstalt vorm. Etzold & Kiessling A.-G. ausgeführt wurde, folgendes: Die in genannter Firma beschäftigten Lithographen Max Schuler und Richard Kramer (so heissen die Ehrenmitglieder) leisteten in einer Art und Weise Hausarbeit, dass unser dortiger Bevollmächtigter der Lithographen-Filiale es für nötig hielt, hierüber eines ihrer Verbandsmitglieder vorläufig persönlich zu interpellieren mit der Bemerkung, dass sie doch das reine Wettrennen in Hausarbeit machten. Unser Kollege äusserte noch, dass, wenn die hiesigen Mitglieder des Sondervandes in Gemeinschaft mit der Lithographen-Sektion hierzu in Bälde nicht Stellung nehmen, es dann von letzterer selbst geschieht. — Das Ergebnis: Die beiden Tapferen, nachdem sie von ihrem Kollegen, ihrem Vertrauensmann Wolf Kenntnis erlangt, machten Meldung beim Oberlithographen mit der beachtenswerten Bitte, dies möchte der Direktion angezeigt werden; wenn nicht würden sie (die »Belästigten«) es selbst thun. — Zwei Tage später hatte sich unser Kollege wegen verbotener Kritik über Anordnung im Geschäft, »Hetzereien« u. dergl. vor der Direktion zu verant-

worten. Es wurde ihm seitens des technischen Direktors hierüber der Text gelesen unter Andeutung der Entlassung. So weit der wahrheitsgetreue Sachverhalt in Kürze, worüber uns Zeugen zur Verfügung stehen. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Die organisierten Herren sind gettet; sie haben für ihre Überzeugung ehrlich gekämpft. Eine geplante Brotlosmachung eines »Gegners« ist gewiss kein niedriges Mittel! An eine Ausschlussung der Obenbezeichneten aus ihrem Verbands ist natürlich nicht zu denken, so viel wir wissen, denn solche Kämpen sind schon schwer zu entbehren. Währlich, die Crimmitschauer Arbeitswilligen der Textilbranche haben Schule gemacht! Es lebe die »Solidarität«!

Der Delegiertentag der Senefeldervereine Oesterreich-Ungarn's

hat am 22. und 23. Mai 1904 in Wien stattgefunden. Vertreten war die Delegiertentags-Kommission aus Graz, die Senefeldervereine von Nieder-Oesterreich, Steiermark, Ungarn, Böhmen, Mähren und Schlesien, sowie der Verein der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufsgen., Deutschlands; für diesen war anwesend Kollege Otto Sillier. Weiter war noch vertreten der Wiener Lithographenklub, Wiener Maschinenmeisterklub, der Verein der Chemigraphen Oesterreichs, der Verband der Buchbinder Oesterreichs, die österr. Gewerkschafts-Kommission, sowie die graphischen Hilfsarbeitervereine von Wien und Graz und der Gewerkeverein von Budapest.

Den Vorsitz führte der Obmann der Delegiertentags-Kommission Kollege Flor. Drössler und dessen Stellvertreter Koll. Josef Herzog aus Graz. Nachdem der Obmann die Versammelten mit herzlichen Worten begrüsst und auf die bedeutende organisatorische Wichtigkeit des Tages aufmerksam machte, erstattete der Kollege Jos. Herzog den Bericht der Delegiertentagskommission ab. Er erwähnte die grossen Arbeiten, die zu bewältigen waren, um dem Delegiertentag ein brauchbares Elaborat zur Gründung eines Verbandes vorlegen zu können, wie es auf der letzten Konferenz der graphischen Arbeiter Oesterreichs beschlossen wurde. Herzog machte auch aufmerksam auf die grossen Schwierigkeiten, welche die Zentralisierung einzelner Unterstützungszweige ergeben dürften und welche nur durch den energischen Willen und die eiserne Arbeitskraft der betreffenden Funktionäre zu bewältigen sein werden. Kollege Freitag brachte noch den Kassenbericht der Delegiertentagskommission, welcher nach kurzer Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen wurde.

Nach dem Bericht über den Stand der internat. Organisation und die schon zentralisierte Reiseunterstützung, sowie über die Streiks der letzten zwei Jahre nahm Koll. Otto Sillier das Wort, um in einer wirkungsvollen, sehr beifällig aufgenommenen Rede die tatsächlichen Vorgänge bei Streiks in Deutschland zu erörtern. Man denke gar nicht mehr daran, grosse Streiks zu inszenieren, welche ein zweischneidiges Schwert sind und grosse Opfer verursachen; partielle Streiks werden sehr billig und mit vielem Erfolg durchgeführt. Bei Differenzen mit den Lithographen lasse man z. B. die Drucker und Hilfsarbeiter ruhig im Geschäft und umgekehrt, die im Geschäft verbleibenden müsse der Unternehmer bezahlen, arbeiten können sie doch nichts und der Prinzipal liegt doppelt drin. Die Hilfsarbeiter besonders sind fast ganz unschädlich, die könne man in den meisten Fällen im Geschäft lassen. Sillier beleuchtete den Vorgang auf recht drastische Weise und erntete lebhaften Beifall.

Sodann folgte die Neuwahl der Delegiertentagskommission und wurde beschlossen, die Kommission bis zur Konstituierung des Verbandes in Graz zu belassen. Kollege Heres aus Wien stellte hierauf den Antrag, die Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen Deutschlands in Dresden sei durch einen Vertreter der österreichischen Senefeldervereine zu beschicken, welcher Antrag angenommen wurde. Es wurde Kollege Mühlberger als Delegierter nominiert.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte Koll. Freitag aus Graz. Er beantragte die Gründung eines Verbandes aller österreichischen Senefeldervereine, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde, der Verband soll den Titel führen: Senefelderbund, Verband aller Senefeldervereine Oesterreich's, hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Wirksamkeit auf alle Kronländer Oesterreichs. Der Zweck des Verbandes ist gegenseitige Unterstützung in den Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Verbandsmitglieder. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Zentralisierung und einheitliche Verwaltung der Unterstützungszweige, obligatorische Einführung von Fachblättern als Verbandsorgane, Regelung des Lehrlings- und Zentralisierung des Arbeitsvermittlungswesens, Erzielung von günstigeren Arbeitsbedingungen durch freies Ueberkommen mit den Arbeitgebern und durch Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz in gewerblichen und aus dem Vertragsverhältnis entspringenden Streitfällen. Sodann wurde in die Beratung der Durchführungs-Bestimmungen zu den Statuten des Senefelderbundes eingetreten.

Da wir mit dem Raum sparen müssen, so ist es uns nur gestattet, die wichtigsten Beschlüsse über die Durchführungsbestimmungen mitzuteilen:

Beim Eintritt in den Verein ist ein Gesundheitszeugnis beizubringen; von Gegenseitigkeitsvereinen übertretende Mitglieder sind von der Beibringung

des ärztlichen Zeugnisses befreit, wenn sie sich innerhalb 8 Tagen zum Beitritt melden.

Die Höhe der Einschreibgebühr, die Wochenbeiträge sowie die Höhe der Unterstützungen wird von der Generalversammlung alljährlich festgestellt, als Grundlage für die Minimalleistungen dient folgende Tabelle:

Kranken-Unterstützung:	
für das 1. Halbjahr der Erkrankung . . .	K 2,— pr. Tag
„ „ 2. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	1,— „ „
Invaliden-Unterstützung:	
nach 5jähriger Mitgliedschaft . . .	K 5,— pr. Woche
„ 10 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	6,— „ „
„ 15 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	7,— „ „
„ 20 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	8,— „ „
„ 25 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	9,— „ „
„ 30 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	10,— „ „
Witwen-Unterstützung (Beerdigungskosten-Beitrag):	
nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft . . .	K 50,—
„ 5jähriger „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	100,—
„ 10 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	150,—
„ 15 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	200,—
„ 20 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	250,—
„ 25 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	300,—
Begräbniskosten für Mitgliedsgattinnen . . .	50,—
Waisen-Unterstützung:	
pro Kopf und Monat . . .	K 1,—
Arbeitslosen-Unterstützung:	
pro Tag . . .	K 2,—
Uebersiedlungskosten-Beitrag:	
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „	K 35,—
Reise-Unterstützung:	
pro Kilometer Luftlinie . . .	4 Heller

Zu Punkt 3 beantragt Kollege Heres folgende Fassung: Im Erkrankungsfall hat sich das Mitglied beim Rechnungsführer mündlich oder schriftlich zu melden, in letzterem Falle gilt der Tag des Aufgabepoststempels als Beginn der Krankheit. In besonderen Fällen ist der Ausschuss ermächtigt, ein ärztliches Zeugnis zu verlangen. Dieser Antrag wird angenommen. Dann wird noch beschlossen, dass den Kranken der Mitglieder-Beitrag vom Unterstützungsgeld in Abzug gebracht wird. Bei der Invaliden-Unterstützung wird beschlossen, dass die gänzliche Unfähigkeit zur Arbeit in den in den Statuten angeführten Fächern zur Unterstützung berechtigt und dass diese in der von der Generalversammlung bestimmten Höhe so lange bezahlt wird, bis sich ein Mitglied durch irgend eine Beschäftigung wöchentlich einen Betrag von über 16 Kronen verdient.

Die Unterstützung von Waisen verstorbener Mitglieder erfolgt für jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahre.

Reiseunterstützung wird 4 Heller pro Kilometer Luftlinie durch 26 Wochen bezahlt. Jene Mitglieder des Gegenseitigkeitsvereins in Deutschland, welche diesem Verein noch nicht angehört haben, können eine Reiseunterstützung bis zusammen 30 Kronen erhalten. Kollege Sillier empfiehlt, gewisse Grenzen festzusetzen, so z. B. dass, wenn ein Mitglied 26 Mk. erhalten, es 26 Wochen arbeiten muss, bis es auf neuerliche Unterstützung Anspruch hat. Nach gänzlicher, sehr gründlicher Durchberatung der Durchführungsbestimmungen werden dieselben endgültig angenommen.

Der Delegierte Ungarns, Kollege Wagner, giebt bekannt, dass es die ungarischen Gesetze ihnen leider nicht gestatten, dem Verband anzugehören, doch verfolgen die Kollegen Ungarns die Zentralisierungsbestrebungen der auswärtigen Fachgenossen sehr sympathisch.

Kollege Malek aus Prag sagt, die böhmische Organisation kann die Zentralisierung nur begehren, jedoch nur dann, wenn die 26wöchentliche Karenzfrist bei der Reiseunterstützung fallen gelassen wird.

Die Kollegen Herzog u. Mühlberger wünschen eine stramme Arbeitsvermittlung, dieselbe soll so stramm sein, dass es den Kollegen unmöglich sein soll, ohne die Stellenvermittlung eine Kondition zu erhalten.

Zur Zentralisierung der Arbeitsnachweise wünscht Mühlberger die baldige Einführung derselben, wir werden eine Probepraxis haben, so dass bei der Gründung des Verbandes schon verschiedene Mängel vermieden werden können. Es wird darauf beschlossen, die Zentralisierung der Arbeitslosenunterstützung mit dem 1. Oktober d. J. einzuführen.

Auf die Bemerkung des Kollegen Malek aus Prag, dass er glaubt, die böhmischen Kollegen werden sich der Zentralisierung nicht anschließen, nimmt das Wort Kollege Sillier und betont ganz richtig, dass auch jene Vereine, die nicht ganz für die Zentralisierung sind, sich der Majorität fügen müssen, denn die Isolierung einzelner Vereine wäre für diese und für die Gesamtheit schädlich; es ist auch notwendig, dass sich alle Vereine der Zentralisierung schon jetzt anschließen, damit Erfahrungen gesammelt werden können bis zur Gründung des Verbandes. Auch in Deutschland wurde so gearbeitet, erst wurde organisiert und dann erst der Reichsverein gegründet. Kollege Freitag aus Graz meint, dass der Verein in Steiermark wohl mindestens 1000 Kronen draufzahlen wird, trotzdem stimmen sie für die Zentralisierung. Auch Kollege Merwitz aus Reichenbach und Kollege Benda aus Troppau erklären sich mit der Zentralisierung einverstanden. Kollege Maly aus Prag macht den Vorschlag, dass die Zentralisierung erst auf dem Papier gemacht werden soll, demgegenüber macht Kollege Mühlberger darauf aufmerksam, dass die Zentralisation doch schon voriges

Jahr beschlossen wurde, man solle doch nicht so kleinlich sein und beschlossene Verbesserungen wieder umstossen. Auch Kollege Grünwald aus Wien betont, dass alle Anträge, welche die Zentralisierung verzeteln, abzulehnen sind, die Unterstützungen sollen in allen modernen Organisationen zentralisiert sein. Er glaubt, Maly könne ja bis zum konstituierenden Verbandstag für sich Daten sammeln und dann dort eventuelle Änderungen beantragen. Die Durchführungsbestimmungen werden hierauf angenommen und damit ist der Punkt erledigt.

Hierauf folgt die Beratung des Verbandsstatuts. Mühlberger beantragt, dass in die Statuten ein Passus aufgenommen wird, wonach ausländischen (ungarischen) Vereinen die Möglichkeit geboten wird, Verbändevereine zu werden. Dieser Antrag wird debattelos angenommen, worauf das gesamte Verbandsstatut en bloc angenommen wird.

Kollege Sillier betont hierauf, dass Deutschland betreffs der Gegenseitigkeit zum weitgehendsten Entgegenkommen bereit ist. (Beifall.) Hierauf referiert Kollege Mühlberger zum Punkt Presse und bringt den Kassenbericht. Kollege Gruber erwähnt die Notwendigkeit der Schaffung eines ungarischen Fachblattes. Dasselbe, mit dem Titel »Lithographia«, ist bereits in vier Nummern erschienen und darum stellt Kollege Gruber den Antrag, dass der ungarische Verein für die ungarischen Mitglieder das ungarische Fachblatt und für die deutschen Mitglieder die »Neuen graphischen Nachrichten« abonniert. Angenommen. Kollege Sillier bemerkt, dass in Zukunft kein Artikel in die »Gr. Presse« kommen soll, der nicht den Stempel der Delegiertentagskommission trägt, weiter teilte Kollege Sillier mit, dass Artikel aus der »Graph. Rundschau« abgedruckt werden können, die Bemerkung »Nachdruck verboten« gilt nur für bürgerliche Blätter.

Mühlberger kommt auf die Anregung betreffs des wöchentlichen Erscheinens der »Neuen Graph. Nachrichten« und meint, dass man der Frage näher treten könnte, selbstverständlich könnte das Blatt aber dann nur 4 Seiten haben. Was das Verlangen über das Streichen resp. Kürzen langer Protokolle anbelangt, so ist er der Ansicht, dass das nicht gut angeht, weil manche Mitglieder auf das Lesen der Protokolle grossen Wert legen. Jedoch muss er bemerken, dass manche Schriftführer so bequem sind, die Sitzungsprotokolle erst nach 5—6 Wochen einzusenden. Dies geht nun nicht an, Protokolle, die mehr als einen Monat alt sind, werden jetzt nicht mehr aufgenommen.

Kollege Schiller aus Wien konstatiert für die Kontrolle der »Neuen graphischen Nachrichten«, dass sie bei den Revisionen alles in Ordnung fanden und beantragt das Absolutorium. Angenommen.

Zum Punkt 8: »Ausbau des Tariffonds und Schaffung eines Reichswiderstandsfonds« referiert Kollege Karl L. Meyer aus Wien. Er sagt, unser erstes Ziel ist die Verbesserung der materiellen Interessen unserer Kollegen. Wir müssen trachten, einen starken Tariffonds zu erhalten, um bei Bewegungen einen starken Hintergrund zu haben. Wir haben in Wien bei jeder Sitzung und jeder Versammlung agitiert und auch Erfolg gehabt. Nach der letzten Tarifbewegung, die sehr günstig geendet hat, ist auch der Tariffonds stark angeschwollen. Er beantragt, dass ab 1. Oktober dieses Jahres ein Reichswiderstandsfonds geschaffen wird und dass von jedem organisierten Kollegen 20 Heller eingehoben werden, von welchen 10 Heller dem Lokal- und 10 Heller dem Reichswiderstandsfonds zugewiesen werden. Kollege Mühlberger beantragte, dass wir den Reichswiderstandsfonds erst mit 1. Januar 1905 in's Leben treten lassen sollen, um den Koll. Zeit zur Agitation zu lassen.

Kollege Maly aus Prag hat verschiedene Bedenken, bevor der Fonds geschaffen wird, müssen wir erst ein Regulativ haben, damit wir den Koll. in Prag die Sache plausibel machen können.

Kollege Mühlberger klärt auf, dass diese Fonds nur zu Tarifbewegungen verwendet werden, um die kleinen Sammlungen und Bettelwirtschäften überflüssig zu machen.

Kollege Drössler-Graz beantragt, dass der Wiener Gehilfenausschuss beauftragt wird, ein Regulativ auszuarbeiten und es allen Organisationen bekannt zu geben; einstimmig angenommen. Zum internationalen Kongress, welcher dieses Jahr in Mailand abgehalten wird, spricht Kollege Freitag und sagt, dass die Engländer langsam arbeiten, eine Tagesordnung ist bis jetzt noch nicht bekanntgegeben. Freytag schlägt vor, dass von Oesterreich-Ungarn 2 Delegierte entsendet werden sollen und zwar der Redakteur der »N. graph. Nachrichten« und ein Mitglied der Delegiertenkommission. Weiteres beantragt er, dass der nächste internationale Kongress in Wien abzuhalten ist.

Kollege Sillier meint, dass Deutschland nicht wie Freitag meinte, seine Beiträge nur mit Belegen der internationalen Reiseunterstützung begliche, Deutschland zahle pro Jahr ungefähr 2400 Mk., trotzdem sie auch die internationale Reiseunterstützung zahlen. Die deutschen Delegierten werden dafür stimmen, dass der nächste internationale Kongress in Kopenhagen stattfindet, weil sie die zurückgebliebenen Länder haben wollen, erst der nächste Kongress könnte in Wien stattfinden. Unter anderem begrüsst Kollege Sillier die Gründung eines Reichswiderstandsfonds, wir müssen uns selbst helfen, die internationale Hilfe kann erst spät

kommen, bei einem Streik ist aber schnelle Hilfe nötig und die bringt ein Reichswiderstandsfonds.

Kollege Herzog, Graz empfiehlt schliesslich noch die Einführung von ausserordentlichen Hilfsfonds zur Unterstützung von alten Kollegen, die arbeitslos werden. Die Steuer kann auch freiwillig sein, in Graz ist sie bereits obligatorisch eingeführt. Angenommen.

Nachdem noch beschlossen wurde, in Nord- und Westböhmen einen Delegiertentag zum Zwecke der Aufklärung und der Agitation einzuberufen, sind die Beratungen des Delegiertentages der Senefeldervereine Oesterreich beendet.

Nach mehrseitigen Abschiedsreden und Aufmunterungen zu weiterer unentwegter agitatorischer Arbeit im Interesse der graphischen Arbeiter aller Orten wird der Delegiertentag geschlossen.

G. Heres, Wien.

Die Lehrlingsfrage.

(Fortsetzung.)

Dem Uebelstand, falls man es nennen will, kann durch Gewährung eines ausreichenden Kostgeldes entgegengewirkt werden, so dass es dem jungen Mann von irgendwo möglich wird, dort in die Lehre zu treten, wo ihm eine bessere Lehre garantiert wird; vorausgesetzt, dass er die Fähigkeit für den betreffenden Beruf, nebst einer natürlichen Neigung besitzt und nicht nur wie heute, oft reine Zufälligkeiten entscheiden, worüber sich viel sagen liesse. Hierher gehört auch die vielfach verlangte ärztliche Untersuchung, die ich persönlich vorläufig verwerfe. Auf diese Weise können die Wege für Gesetze, resp. gesetzliche Normen für das Lehrlingswesen geebnet werden und dann dort, wo diese gesetzlichen Voraussetzungen fehlen, aber keine Lehrlinge gehalten werden dürfen. Die betreffenden Meister müssen dann andere Kräfte anstellen, die das Holzhacken, Waschen, Scheuern und Offenheizen besorgen; freilich so billig wie mit Lehrlingen werden sie nicht davon kommen. Dass dies durchaus keine Illusion ist, will ich mit folgendem Beispiel beweisen:

Der Reichskanzler hat dem Tarifamt auf dessen Eingabe vom 19. April 1902, betreffend gesetzliche Einführung der tariflichen Lehrlingskassa solchen erwidert, dass vor weiterer Entschliessung über die Petition, die Herbeischaffung statistischer Feststellungen über die in den einzelnen Bezirken vorhandenen tariffreien und nicht tariffreien Betriebe, ihre verschiedenen Grössenklassen und die darin beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge, über Betriebe mit übermässiger Lehrlingshaltung u. s. w. erwünscht wäre. Das Tarifamt hat dem Herrn Reichskanzler mitgeteilt, dass es soeben eine derartige statistische Feststellung ausgeschrieben habe und deren Resultat binnen wenigen Wochen vorlegen werde. Es ergeht deshalb noch einmal an die beteiligten Kreise die dringende Bitte, das Tarifamt in umfassendster Weise zu unterstützen und zutreffendes, den Tatsachen entsprechendes Material aus möglichst allen Druckorten und Druckereien zu erbringen. Von dem Ergebnis der Statistik kann das Schicksal der obengenannten Petition beim Bundesrat ganz wesentlich abhängen.

Das bedeutet, mit anderen Worten gesagt: Kinder helft euch selbst und wenn die Sache so ziemlich im reinen ist, dann ist auch der Bundesrat bereit, seinen Segen zu geben; das ist deutlich genug.

Den Umfang der Arbeitslosigkeit im Buchgewerbe mag folgende Abrechnung illustrieren:

Was die Unterstützungsdauer anbelangt, so erhielten in den 22 Gauen des Verbandes die reisenden Mitglieder für 296044 Tage Reiseunterstützung, die arbeitslosen Mitglieder für 734318 Tage Arbeitslosen-Unterstützung und die kranken Mitglieder für 400143 Tage Kranken-Unterstützung. Der Durchschnitts-Mitgliederstand war 33369; die effektive Mitgliederzahl am Schlusse des Berichtsjahres 34,588 (mehr gegen das Vorjahr 2809).

Es ergibt sich demnach, dass für 2823 Mitglieder oder 8 1/2 Prozent sämtlicher Mitglieder Arbeitsgelegenheit fehlt und 1096 Mitglieder oder 3 1/2 Prozent sämtlicher Mitglieder das ganze Jahr hindurch krank waren. Auf die Gesamt-Mitgliederzahl berechnet, kommen auf jedes Mitglied 31 Tage Arbeitslosigkeit und 12 Tage Krankheit.

Zu den eigentlichen Kassenabschlüssen übergehend, so weisen dieselben folgende Zahlen auf:

a) Verbandskasse	Einnahmen.
An Saldo-Vortrag v. 31. März 1902 . . .	M. 3163 126,41
„ Vorschuss in den Gauen	64 962,80
„ Eintrittsgeld in den Gauen	3 187,—
„ Beiträgen in den Gauen:	
1. Quartal 1902 M.	414 485,30
2. „ 1902 „	423 185,50
3. „ 1902 „	407 211,80
4. „ 1902 „	337 961,30
„ sonstigen Einnahmen	124 340,47
	zusammen M. 5038 460,58
	Ausgaben.
Per Unterstützungen in den Gauen:	
a) Reise-Unterstützung	M. 307 006,12
b) Arbeitslosen-Unterstützung	590 640,25
c) Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Tarifs und Umzugskosten	39 342,20
d) ausserordentl. Unterstützung „	506,75

